EP-G-01-232

B – Was Gerechtigkeit schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Maximilian Ruta (KV Köln)

Änderungsantrag zu EP-G-01

Von Zeile 231 bis 234:
rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten Mieter*innen bis in die Mitte der Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit. Wir wollen ~~mehr bezahlbaren Wohnraum~~dort, wo die Not am größten ist, mit Hilfe der Europäischen Investitionsbank (EIB) eine Million bezahlbare Wohnungen pro Jahr neu schaffen und steigende Mieten begrenzen. Investor*innen, die europaweit im erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und

Begründung

Dieser Absatz zu Wohnen bleibt sehr unkonkret. Die Ziele werden nicht quantifiziert und es bleibt völlig offen, wie sie erreicht werden sollen. Auch wenn die EU hier nur begrenzte Regelungskompetenzen besitzt, muss doch deutlich werden, wie groß das Ausmaß der Wohnungsnot ist und welche Ansatzpunkte es gibt. Die EIB ist einer dieser Punkte. Diese verwendet schon jetzt ca. 20-30% ihrer Mittel für Maßnahmen der Stadtentwicklung.

weitere Antragsteller*innen

Marc Kersten (KV Köln); Eva Kuzu (KV Bonn); Andrea Peuler-Kampe (KV Hagen); Dennis Sonne (KV Coesfeld); Holger Schelte (KV Recklinghausen); Susanne Klein (KV Oberberg); Manuel Carrasco Molina (KV Düren); Manfred Becker (KV Bonn); Mirco Szymyslik (KV Herne); Nabiha Ghanem (KV Soest); Mimont Bousroufi (KV Bonn); Michael Aßmann (KV Steinfurt); Dirk Hähnel (KV Duisburg); Andreas Franco (KV Köln); Marco Land (KV Coesfeld); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Markus Wagener (KV Köln); Lena Cornelissen (KV Bonn); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); sowie 51 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.